

Besprechungsnotiz

Aussprache mit Frau Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin UVEK

5.5.2011 Bundeshaus Nord, Bern

Dieses Treffen wurde von verschiedenen Gruppierungen aus der ganzen Schweiz gefordert, um der Vorsteherin UVEK eine ungefilterte Sicht auf die Anliegen und Argumente der von Hochspannungsleitungen betroffenen Regionen zu geben.

Anwesend

Doris Leuthard, Bundesrätin, Vorsteherin UVEK
Walter Thurnherr, Generalsekretär UVEK
Andre Schrade, Stellvertretender Generalsekretär UVEK
Franz Schnider, Vizedirektor BFE

Jean-François Steiert, Nationalrat, Präsident HSUB (JFS)
Katrin Sedlmayer, Gemeinderätin Köniz, Vizepräsidentin HSUB
Gerard Gillioz, Vizepräsidentin HSUB, ASCV (GG)
Heini Glauser, HSUB (HG)
Jürg Schildknecht, HSUB/ Oberwallis (JS)
Peter Hartmann, HSUB (PH)
Alois Waser, Präsident Verträgliche Starkstromleitung Reusstal, VSLR (AW)
Roman Hapka, HSUB/ Stiftung Landschaftsschutz (RS)
Nadja Fossati, Vizepräsidentin Gemeinde Rüschiikon (NF)
Monique Goumaz, HSUB (MG)
Lea Egli, Haute tension sous terre: C'est possible! Villarepos- Galmiz (LE)
Fritz und Ursula Ohnewein, HSUB/IGUH_ Wattenwil- Mühleberg (FO / UO)
Michel Bugnon, Syndic de Villarepos (MB)
Hans Kneubühler, HSUB/ VSLR (HK)

Voten:

Jean-François Steiert:

Einführung, Vorstellung der Teilnehmenden und grundsätzliche Thematik:
- Fukushima / AKW- Diskussion in der Schweiz: direkter Zusammenhang mit dem Energienetz der Zukunft (national/international)
- Energiesparen, Energieeffizienz von Erdverkabelungen
- Landschaftsschutz, knapper werdender Raum in der Schweiz, Wert von unbelasteter Landschaften,
- Strahlenbelastung der Bevölkerung,
- Bundesgerichtsurteil Riniken, welches unter Einbezug dieser Aspekte eine Erdverkabelung verfügt hat (+ ein Wort zur Haltung/ Nähe von Bundesbehörden und Energiekonzernen)

MB, GG, JS, NF, FO, HK:

Darstellung der Problematik in den Regionen, Forderung dass in sensiblen Gebieten eine Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen seriös geprüft werde.

Doris Leuthard, Bundesrätin:

Fordert einen schnellen Ausbau des Übertragungsnetzes, warnt vor hohen Kosten von Verkabelungen, fordert Kompromisse beim Landschaftsschutz (Wald soll nicht besser geschützt werden als Menschen), wünscht Kommunikation und Kompromissbereitschaft zwischen Anwohnern und Energieversorgungsunternehmen bez. Leitungsführung und Technik. In den nächsten Jahren müssen die Blockaden gebrochen werden, weil es grossen Nachholbedarf gibt.

In der Diskussion macht sie den Vorschlag, dass jedem Freileitungsprojekt auch eine Verkabelungsvariante gegenübergestellt werden sollte.

Verschiedene TeilnehmerInnen:

Bundesämter sollen sich breiter informieren und nicht einseitig die Interessen den EVU's vertreten, Gesamtkosten und Entwicklung der Kabeltechnik sowie Übertragungsverluste einbeziehen (siehe BGER Riniken), Forderung nach Bündelung von Infrastruktureinrichtungen Autobahn, SBB, Stromübertragung,

Beurteilung des Treffens durch HSUB

Die Besprechung verlief in einer angenehmen Atmosphäre. Die Teilnehmer spürten das Interesse von Frau Bundesrätin Leuthard, stellten aber fest, dass ihre Haltung stark von den (EVU-nahen) Bundesämtern geprägt ist. Eine wichtige Erkenntnis ist: Kommunikation von HSUB mit dem UVEK und insbesondere mit dem BVE muss intensiviert werden, damit dort die Interessen der Bevölkerung gegenüber jenen der EVU's erkannt und besser gewichtet werden.

6.5.2011 hk

Beilage: Positionspapier HSUB



Positionspapier

Verein Hochspannung unter den Boden HSUB

Aussprache mit Frau Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin UVEK

Anliegen von HSUB in Kürze:

Das Ziel des Vereins ist es, darauf hinzuwirken, dass für den Transport elektrischer Energie möglichst moderne und umweltschonende Techniken angewendet werden.

Kabelanlagen haben Vorteile gegenüber Freileitungen

Landschaftsschutz:

Ungestörte Landschaften werden in der Schweiz immer seltener und deshalb wertvoller. Durch Verkabelung von Hochspannungsleitungen können diese geschont und erhalten bleiben. Tourismusgebiete sind auf schöne, natürliche und ungestörte, Landschaften angewiesen. Die Attraktivität von Wohn- und Lebensraum wird erhalten. Durch nahe Kabelanlagen (anstelle von Freileitungen) werden die Werte von Liegenschaften nicht beeinträchtigt.

Strahlenbelastung

Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch elektromagnetische Strahlen sind bei empfindlichen Personen – auch bei Einhaltung der Grenzwerte – nicht ausgeschlossen. Der strahlenbelastete Raum ist bei Kabelanlagen viel kleiner als bei Freileitungen.

Energieeffizienz:

Hochspannungskabel benutzen Kupferleiter mit grossem Querschnitt (= tiefer elektrischer Widerstand) und sind deshalb herkömmlichen Alu- Freileitungen bezüglich Übertragungsverlust überlegen. Gemäss Faustregel kann durch eine Verkabelung einer mittleren 380 kV Hochspannungsleitung pro Kilometer eine Energiemenge eingespart werden, welche dem Verbrauch von über 200 Haushalten entspricht.

Dies entspricht in der Energieerzeugung einer jährlichen Reduktion von ca. 430 t CO₂- Ausstoss.

Kosten: Zitat aus dem Bundesgerichtsurteil Riniken vom 5.3.2011:

„Kabelanlagen sind aufgrund des technischen Fortschritts im letzten Jahrzehnt leistungsfähiger, zuverlässiger und kostengünstiger geworden. Die Verkabelung kann daher auch zur Erhaltung von Landschaften von (nur) mittlerer Bedeutung in Betracht fallen.

Bessere Energieeffizienz der Verkabelung: Die Stromverluste der Freileitung sind erheblich grösser als diejenigen einer Kabelanlage. Dies ist nicht nur energiepolitisch bedenklich, sondern führt - über die Betriebsdauer der Anlage gesehen - auch zu hohen Kosten.

Die Gesamtkosten der Teilverkabelung können im Fall Riniken - je nach Auslastung des Systems und Entwicklung des Strompreises - auf einen Faktor 0,66 bis 1,83 der Kosten der Freileitung geschätzt werden, da die höheren Stromverlustkosten der Freileitung die höheren Investitionskosten der Kabelanlage weitgehend ausgleichen.“

Haltung der Bewilligungsbehörden:

In Ihrem Departement und im zuständigen BFE wurden renommierte Studien, welche die Vorteile von Verkabelungen belegen, bisher zu wenig gewichtet. Dafür wurden Aussagen der Energieversorgungsunternehmen (zu teuer, technisch problematisch, umweltbelastend) relativ kritiklos übernommen und zu ihren eigenen gemacht. Wir hoffen, dass das Bundesgerichtsurteil Riniken hier eine Haltungsänderung bewirkt.

Anliegen an Frau Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin UVEK

Wir bitten Sie, die Anliegen der betroffenen Bevölkerung ernst zu nehmen. In der ganzen Schweiz haben sich Gruppierungen mit Mitgliedern aus allen politischen Lagern zusammengeschlossen, welche eine Trendwende wollen. HSUB und die regionalen Gruppen unterstützen einen zukunftsorientierten Ausbau des Höchstspannungsleitungsnetzes. Dieser soll/muss neben Funktionalität und genügender Kapazität auch die Effizienz, technologische Möglichkeiten bei Verkabelung und den Schutz von Personen, Siedlungen und Landschaft integrieren. Dazu sollen die Szenarien für das künftige Verteilnetz den Szenarien der Stromproduktion angepasst werden. Eine adäquate Gewichtung der Interessen setzt voraus, dass die politischen Kräfte der Schweiz und nicht die Elektrokonzerne zu bestimmen haben, wie und mit welcher Technologie das Netz der Zukunft gebaut wird. Dazu müssen entsprechende Verfahren geschaffen werden.